

# Conference on the welfare of dogs



Am 28. Oktober 2013 haben die Europäische Kommission und die derzeitige Lithauische Ratspräsidentschaft in Brüssel die

## **Conference on the welfare of dogs and cats in the EU**

### **„Building a Europe that cares for companion animals“**

veranstaltet. **Vom ITV Grenzenlos hat Eckhard Reis** an der Konferenz teilgenommen.

Hier sein kurzes Resümee über den Kongress:

In der Konferenz hat die EU erstmals das Thema „Haustiere“ (companion animals) aufgegriffen. Die Veranstaltung war mit ca. 400 Teilnehmern/Teilnehmerinnen sehr gut besucht. Damit wurde ein Ziel der Konferenz – möglichst viele Personen unterschiedlicher Professionen, viele private Tierschützer sowie öffentliche Institutionen und NGO's zum Thema „Animal Welfare“ zusammenzubringen - erreicht.

#### **weiter.....**

Schwerpunkt des Kongresses war die Schaffung eines neuen Rechtsrahmens für Haustiere in der EU. Bisher gibt es keine EU-weiten Rechtsregeln für Haustiere. Besonders das Europäische Parlament hat eine solche EU Rechtssetzung zum Schutz von Haustieren dringend angemahnt. Aber auch der zuständige Kommissar Tonio Borg wies in seinem Eingangsstatement darauf hin, dass eine Gesetzgebung entwickelt werden müsse.

In der Konferenz stellte die Kommission erste Ergebnisse eines EU-Rechtsrahmens für Ende 2014/2015 in Aussicht. Nach dieser Konferenz ist davon auszugehen, dass der Rechtsrahmen folgende Schwerpunkte enthalten wird:

- Verhinderung der (grenzüberschreitenden) Übertragung von Krankheiten,
- Verbot von Qualzuchten,
- Beschränkung des Welpenhandels,
- EU- weite Registrierungspflicht von Hunden und Chippflicht.

Den ITV Grenzenlos – und sehr viele andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer - hat vor allem die Haltung der EU Kommission und des Parlamentes zu den aktuellen Massentötungen von Straßenhunden in Rumänien interessiert. Von Seiten des Tierschutzes wird hier ein entschiedenes Eingreifen der EU gegenüber Rumänien gefordert. Doch in dieser Hinsicht war die Konferenz eine reine Enttäuschung.

Die ablehnende Haltung der Kommission, kurzfristig gegenüber Rumänien einzugreifen und damit ein Massaker unter den Hunden zu verhindern, wurde erneut sehr deutlich. Das Thema Rumänien wurde offiziell weder von der Kommission noch von der EU-Parlamentsvertreterin Paulsen angesprochen. Ein längerer Diskussionsbeitrag des rumänischen Tierschützers Claudiu Dumitriu

wurde vom Versammlungsleiter Andrea Gavinelli regelrecht „abgebügelt“. Dumitru hatte u.a. gefragt, ob die EU und die anwesenden Veterinäre es zulassen können, dass zehntausende gesunde Hunde getötet werden.

Mut machten die Ausführungen von Frau Rechtsanwältin Laura Boissevain aus den Niederlanden. Sie sagte sinngemäß: „Rumänien hat deutlich gemacht, dass die Menschen Tötungen nicht mehr akzeptieren; Regierungen vielleicht, die Menschen nicht mehr.“

Dieser Satz müsste auch die Kommissionsmitglieder nachdenklich stimmen. Die gegenwärtige – zum Teil sehr scharf geführte – Diskussion im Netz und die Aktionen in vielen Staaten und Städten gegen die rumänische Regierung zeigen, welcher Sprengstoff in der Sache steckt. Wenn Kommission und Parlament daran liegt, dass nicht tiefe Gräben zwischen einzelnen Mitgliedstaaten entstehen, müssten sie eigentlich handeln. Trotz Subsidiarität und fehlender formalrechtlicher Grundlagen, auf die die Kommissionsvertreter immer wieder und auch in dieser Konferenz hinweisen bzw. hinwiesen.

Nach Auffassung des ITV Grenzenlos sollte es vordringliche Aufgabe der nationalen und internationalen Tierschutzvereine sein, bei der Kommission darauf hinzuwirken, dass der angestrebte Rechtsrahmen neben den oben genannten Inhalten auch nachhaltige und natürlich lebensfreundliche Regelungen zur Lösung des Streunerhundeproblems in den EU Staaten, nicht nur für Rumänien, enthält. Auf jeden Fall wäre ein „animal welfare law“, das nur Regelungen zur Registrierung, Identifizierung und zu Zuchtkriterien enthält, zu kurz gesprungen.

Dass Art. 13 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)

*„Bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung;..“*

kein Eingreifen der EU in Rumänien legitimiert, weil er sich nach Auffassung der Kommission nur auf den Bereich landwirtschaftlicher Nutztiere beziehe (Zwischenfrage: wie hält es die Kommission eigentlich mit der Massentierhaltung?), kann aus unserer Sicht keinen Bestand haben. Die Würde der Tiere ist unteilbar. Sie kann und darf auch nicht durch kulturelle oder religiöse Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten außer Kraft gesetzt werden. Darauf wies dankenswerter Weise eine spanische Teilnehmerin des EU Kongresses hin.